Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach
CH-8044 Zürich

Tel. +41 44-350 65 50
Fax +41 44-350 65 51

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

10. Februar 2010
Über uns
Abonnieren
Impressum
Feedback

english | français

Alarmierender Abbau der Universitäten?

*von Elisabeth Meyer-Renschhausen**

Die Bundesrepublik sollte aus dem Bologna-Prozess aussteigen. Die Bologna-Reformen führen zur Bürokratisierung des Studiums. Es handelt sich um eine Zwangsjacke, die aus Universitäten Berufsschulen macht, ohne dass die entsprechenden Berufe vorhanden wären. Zudem müssen die Universitäten wieder von den privatwirtschaftlichen Strukturen befreit werden, die ihnen Bund und Länder in den letzten 20 Jahren aufzwangen. Vor allem aber muss der Bund durch Aufstellung eines entsprechenden Krisen-Sonderhaushaltes den Universitäten eine Aufstockung ihres professoralen Lehrpersonals auf zumindest das Doppelte ermöglichen.
Künftig sollten drittelparitätische Gremien mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten ohne dauernde Staatseingriffe allein entscheiden dürfen, wie sie ihre Studiengänge gestalten. Bei der Neuanstellung von Hochschullehrern sollte zugunsten der Qualität der Lehre (!) auf die bisherige Altersdiskriminierung generell und grundsätzlich verzichtet werden.
Der sogenannte Bologna-Prozess ist gescheitert. Denn die Reform missachtete die Tatsache: Entweder sind die Universitäten Hort der Aufklärung und Stätten einer «universellen» Allgemeinbildung als Voraussetzung eines säkularen Staates, der Demokratie. Oder die Universitäten sind Berufsschulen. Beides zusammen geht nicht. Und schon gar nicht kann man aus den Universitäten, drittens, zugleich auch noch potentielle Anlageobjekte des internationalen Business machen.

Die vorgeschriebenen Reformen zerstören die Universitäten

1977 liessen sich die Länder darauf ein, mehr Studenten zuzulassen, als von der Anzahl der Lehrenden eigentlich zulässig gewesen wäre. Sie hofften auf Sondermittel des Bundes. Diese Gelder zur Einstellung von mehr Hochschullehrern kamen jedoch nie. «Die politisch gewollte Steigerung der Studienanfänger in den achtziger Jahren um 70 Prozent bei einer Vermehrung von Professorenstellen um 7 Prozent führte zu einer Anomie der Massenuniversitäten in Deutschland», sagt der Freiburger Universitätssoziologe Wolfgang Essbach.
Statt endlich Mittel zu bewilligen, wurden seit der ersten Kohl-Regierung 1982 die Universitäten in Richtung «Elitebildung» umgeformt, bis sie zu jenen von autokratischen Managern selbstherrlich regierten Bürokratiemonstern wurden, die sie heute sind. Der Staat regierte mit ständigen Anforderungen hinsichtlich der Umstrukturierung von Prüfungsverordnungen so lange in die Universitäten hinein, bis die Hochschullehrerschaft – mürbe geworden – bei der Einführung des Bologna-Prozesses nur noch halblaut protestierte. Was der konservative Deutsche Hochschulverband kritisierte, setzte die Deutsche Rektorenkonferenz im Verein mit dem 1994 gegründeten «Centrum für Hochschulentwicklung» (CHE) um. Dahinter steckten die von niemandem gewählten oder berufenen Berater der «Bertelsmann-Stiftung». Die Ranking-Manie des CHE ermöglichte seither Privatunternehmen, das öffentliche Bildungswesen zu steuern. Es fördert eine zunehmende Ungleichheit zwischen Hochschulen. Und es zerstört die Einheit von Forschung und Lehre. Gelder, die die Unis benötigen würden, um neue Professoren anzustellen, fliessen in grundgesetzwidrige «Akkreditierungen».
Die Universitäten waren von der Idee her − oder sollten es zumindest sein – eine Communitas von Lehrenden und Lernenden. Jetzt betrügen die Universitäten ihre Studierenden, indem sie ihre «weggesparten» Dozenten durch De-facto-ein-Euro-Kräfte ersetzen. Sie lassen 10 bis zu 50% ihrer Lehre von geradezu pervers unterbezahlten Lehrbeauftragten ausführen (etwa 700 Euro für ein ganzes Semester). Nach dem Bericht des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein für das Jahr 2007 betrug der Anteil der Lehraufträge am Lehrangebot an allen Hochschulen des Landes im Studienjahr 2004/05 bereits 24,1%. Der Personaletat der Hochschulen wurde durch die Ausbeutung von Lehrbeauftragten jedoch mit weniger als 2% belastet. Der Landesrechnungshof von Nordrhein-Westfalen lobte in seinem Jahresbericht 2007 daher den Einsatz von Lehrbeauftragten und empfahl die Erhöhung ihres Einsatzes. An ärmeren Universitäten wie der Bergischen Universität Wuppertal erhielten 2007 nur noch 8% der neu angestellten Wissenschaftlichen Mitarbeiter Verträge mit Laufzeiten über zwei Jahre.
Kurzum, mit dem wissenschaftlichen Personal geht man um, als wäre es lediglich das Wartungspersonal zum Nürnberger Trichter. Während früher als weise galt, den natürlichen Wissensvorsprung von Älteren zu respektieren, werfen die durch Sparauflagen und unsichere Etats erpressten Unis die Mehrzahl der Dozenten nach ein paar Jahren scharfer Ausbeutung mittels des Wissenschaftszeitvertrags-Gesetzes (WissZeitVG 2007) auf den Misthaufen der Geschichte. Wer es gar 20–30 Jahre lang geschafft hat, mit Hilfe von Forschungsprojekten, Vertretungsprofessuren oder Lehraufträgen zu überleben, erscheint gut bezahlten Bürokraten als offenbar allzu flexibel.
Auf Grund der Erpressung der Universitäten durch die angebliche Notwendigkeit, sparen zu müssen, wurden jene Fächer, die ermöglichen, das Funktionieren von Gesellschaften zu verstehen, und helfen, sie nicht in Korruption und Agonie versinken zu lassen, weitgehend zusammengestrichen. Es handelt sich um jene Fächer, die die Mehrheit der Studentinnen bevorzugt:

Soziologie, Ethnologie, Islamwissenschaften, Religionswissenschaften, Slawistik, die Sprachen überhaupt und die sozialpädagogischen Studiengänge. Zwischen 1995 und 2005 wurden allein 663 Professuren in den Sprach- und Kulturwissenschaften gestrichen. Die Hälfte der universitären Institute für Soziologie wurden abgeschafft. Die Naturwissenschaftler usw. wurden von den Geisteswissenschaftlern räumlich getrennt, damit sie nicht auf die Idee kommen, nachdenken zu wollen.
Zu helfen wäre den Unis nur, wenn man die übertriebene Gängelung durch eine europäische Vereinheitlichung («Bologna-Prozess») beenden würde. Erst dann wäre wieder an eine Universität zu denken, wo Studierende und Lehrende in klösterlicher Ruhe sich gemeinsam um die Lösung der geistigen Fragen einer Zeit bemühen. Und nur eine angemessene Zahl angemessen bezahlter Dozenten kann den Studierenden eine adäquate Studienbetreuung offerieren. •

* Elisabeth Meyer-Renschhausen, Initiative Berliner Privatdozenten, freie Autorin und Privatdozentin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, D-10783 Berlin-Schöneberg, Bülowstr. 74, 030 261 22 87, elisabeth.meyer-renschhausen(at)fu-berlin.de

Jürgen Kaube, Hrsg., Die Illusion der Exzellenz – Lebenslügen der Wissenschaftspolitik, Berlin 2009
Paul Kellermann, Manfred Boni, Elisabeth Meyer-Renschhausen, Hrsg., Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik, Wiesbaden 2009

emr. Die Exzellenz-Initiativen bewirken an den heute diktatorisch regierten Unis zum beschleunigten Abbau von alledem, was früher einmal die «Universität» ausmachte, da sie weitere Sparzwänge hervorruft. Um sich bewerben zu können, muss eine Uni «Eigenleistungen» erbringen. Dafür werden weltberühmte Institute wie etwa die Musik an der TU Berlin zerstört oder an der FU ganze Bibliotheken, wie etwa die des weltweit bekannten Instituts für Soziologie. So gerät etwa die in jahrzehntelanger geduldiger Kleinarbeit aufgebaute einmalige Bibliothekswelt Berlins unter die Räder. Die unglückliche Art der Bund-Länder-Finanzierung (der Bund zahlt nur die Gebäude) trieb alle drei Berliner Unis dazu, mit grau-düsteren Bibliotheksneubauten zu protzen. Die drei neuen Bibliotheken sind jedoch als disfunktionale Grossraumbüros meines Erachtens Architektendenkmäler. Ohne geräuschisolierte Lesesäle sind sie so unruhig, dass man dort keinen vernünftigen Gedanken mehr fassen, geschweige denn studieren kann.

 © 2006 Genossenschaft Zeit-Fragen

Bestellen Sie die aktuelle Nummer oder abonnieren Sie Zeit-Fragen!
Indem Sie Zeit-Fragen abonnieren, eine Spende überweisen und/oder mithelfen, Zeit-Fragen in Ihrem Bekanntenkreis bekanntzumachen, ermöglichen Sie uns, die wichtigen Informationen einem breiteren Leserkreis zukommen zu lassen.